



Newsletter der AfD – Wetterau



Dezember 2018

- In eigener Sache
- Was uns aktuell bewegt: Der globale Migrationspakt
- Monatlicher Bericht des Vorstands
- Wetterau: aktuelle Themen des Monats
- Absurdistan und sonstige exotische Fundstücke
- Leserforum
- Impressum

In eigener Sache

Liebe Mitglieder der AfD, liebe Mitstreiter, Mitdenker, liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir freuen uns, Ihnen ab Dezember 2018 einen "etwas anderen" Newsletter vorstellen zu können. Nicht nur die Gestaltung ändert sich sondern auch die Möglichkeit für Sie, mit uns unter der Rubrik "Leserforum" in Kontakt zu treten, sich zu vernetzen und mit anderen Lesern Ihre Meinung auszutauschen und zu diskutieren. Schreiben Sie uns Ihre Gedanken, Wünsche, Kritik. Senden Sie uns auch gerne einen Artikel aus Ihrer Feder, mit einem politischen Thema, das Ihnen "auf den Nägeln" brennt oder "was Sie schon immer einmal sagen wollten". Dafür brauchen Sie kein journalistisches Studium, Ihre Meinung ist uns wichtig.

Eine Partei wie die AfD ist sich bewußt, daß die Basis der eigentliche Kopf der Partei ist. Das macht den politischen Alltag oftmals schwierig. Umso mehr möchten wir Sie daher einladen, sich an dieser „Kopfarbeit“ rege zu beteiligen. Wir freuen uns auf Ihre Mitarbeit und Ihre Beiträge, egal ob kurz oder lang – Ihre Stimme soll gehört werden.

Bitte beachten Sie dabei die „Netiquette“, also die üblichen Höflichkeitsregeln im Umgang miteinander. Beleidigende oder in sonstiger Weise verletzende Äußerungen behalten wir uns vor, nicht zu veröffentlichen.

Ihre Beiträge für das Leserforum senden Sie bitte an anneli.ettling@afd-hessen.de, Mitglied im Kreisvorstand Wetterau.

Nun wünschen wir Ihnen und Ihren Familien besinnliche und gesegnete Weihnachtstage und einen Glücksregen an Sylvester für das Jahr 2019. Bleiben Sie uns weiterhin wohlgewogen und verbunden.

Der globale Migrationspakt

Kommentar von Dieter Lanze

Selten ist so klar zutage getreten, wie wenig sich die Eliten um das Volk scheren, mit dessen Mandat sie ausgestattet sind und welche wahren Absichten und Ziele hinter dem Pakt stehen. Viel zu lange wurde getrickst und getäuscht und Kritiker wie Skeptiker als Rassisten, Nazis und andere „Unmenschen“ titulierte, weil sie es wagten, den im Zuge Merkel'scher nicht legitimer Selbstermächtigung ausgelösten kollektiven Wahnsinn einer Willkommenskultur kritisch zu hinterfragen. Heute wissen wir – und viele ahnen es zunehmend – wir schaffen das nicht.

Und, soviel lässt sich heute sagen, wir sollen es auch gar nicht schaffen! Wie das denn? Ist das nicht vielleicht schon wieder so eine typische Verschwörungstheorie? Der Reihe nach. Was uns 2015 durch Politik und Medien als singuläres Zufallsereignis verkauft wurde, stellt sich bei genauerer Betrachtung aus der Vogelperspektive durchaus als logisches Glied einer Kette von Ereignissen heraus, deren aktuelles der *Compact on Migration* ist und der damit die Unterscheidung zwischen illegaler Migration und legalen Flüchtlingen aufheben soll.

Peter Sutherland, zwischenzeitlich verstorbener UN-Sonderbeauftragter für Migration, hat die EU aufgefordert, „**ihr Bestes zu tun**“, die „**Homogenität**“ der Mitgliedsstaaten zu „**untergraben**“, die EU müsse die nationale Homogenität ihrer Mitgliedsstaaten zerstören und Migranten verstärkt in die nationalen Arbeitsmärkte integrieren, auch wenn dies zum Nachteil der einheimischen Bevölkerungen geschehe ... Zitat Sutherland: **Die Ablehnung umfassender Globalisierung „ist „moralisch unhaltbar“** (27.06.2012). Man höre und staune!

Gänzlich unbemerkt – nur durch eine längst vergessene Pressemitteilung im *Daily Express* vom **11. Okt. 2008** „*Secret plot to let 50million African workers into EU*“ ist belegt, daß die EU bereits seit über zehn Jahren die Massenmigration aus Afrika von langer Hand ganz leise vorbereitet. Nachzulesen ist das hier: (<https://www.express.co.uk/news/uk/65628/Secret-plot-to-let-50million-African-workers-into-EU>). Also spätestens jetzt sollte jedem klar werden, wohin die Reise geht und was deren Ziel ist.

Auch wenn Herr Avramopoulos (EU-Kommissar) behauptet, der Pakt sei ja rechtlich nicht verpflichtend, stellt sich die Frage, warum der Text an unzähligen Stellen mit „Wir verpflichten uns ...“ beginnt und warum der Herr dann auf eine Unterschrift durch alle EU-Staaten pocht. Er folgt offensichtlich jener globalen Agenda, die die Zerstörung der Nationalstaaten Europas und der Welt im Zuge völkerrechtlichen Gewohnheitsrechts zum Ziel hat. Alexander Gauland hat also völlig recht, wenn er im Bundestag feststellte: „*Deutschland soll von einem Nationalstaat in ein Siedlungsgebiet umgewandelt werden*“. **DEM DEUTSCHEN VOLKE** dienen sieht anders aus.

Was können wir gegen diesen Wahnsinn noch tun? Die AfD hat schon viel erreicht, sie hat nämlich diesen Pakt überhaupt erst in die öffentliche Diskussion gezerrt, gegen massiven Widerstand der regierenden Eliten in Politik und Medien. **Ich nenne das Mut zur Wahrheit!**

Für uns Bürger bleibt heute nur der öffentliche Protest. Schreiben Sie an Ihre Bundestagsabgeordneten, geben Sie denen zu verstehen, was Sie von denen diesbezüglich halten und: **Wählen Sie bei der Europawahl 2019 die AfD, stärken Sie den konservativen Flügel im Europäischen Parlament**. Wir werden diesen Migrationspakt und die damit verbundene Zerstörung Europas nicht hinnehmen oder gar akzeptieren! **Gemeinsam mit Ihnen schaffen wir das!**

Monatlicher Bericht des Vorstands im KV Wetterau

Landtagswahl am 28.10.2018 - Wahlbeobachtung in Butzbach

Ein Mitglied unseres Kreisverbands Wetterau war am Wahltag im Butzbacher Bürgerhaus als Wahlbeobachter bei der Auszählung der Briefwahlstimmen der insgesamt vier Briefwahlbezirke zugegen und hat das in einem ausführlichen Bericht dokumentiert. Auf die Beobachtung reagierte einer der Wahlvorstände mit schroffer Zurückweisung, wollte sogar den Beobachter des Saales verweisen (was dann aber unterblieb), ein anderer reagierte mit latent aggressiver Haltung wegen angeblicher Behinderung, was in dem Hinweis gipfelte, er werde die Polizei holen.

Auf die Bitte des Beobachters, genau das zu tun, erschien dann aber nicht die Polizei, sondern Mitarbeiter eilten herein und sperrten hastig die Zählische mit Flatterband derart ab, daß eine Beobachtung und eine Kontrolle der Auszählungsergebnisse schlicht unmöglich war. Der Bitte um Mitteilung der Zählergebnisse wurde teils entsprochen, teils wurde sie abgelehnt; so sieht also das Demokratieverständnis in der Butzbacher Verwaltung aus!



Quelle: eigene Bilder DL

Eine Beschwerde beim Kreiswahlleiter wurde mit angeblichem Fehlverhalten des Beobachters erwidert. Der Kreisvorstand (KV) gibt sich jedoch nicht mit der lapidaren Antwort des Kreiswahlleiters aus Butzbach zufrieden. Andreas Lichert schreibt erneut und weist die Behauptung eines Fehlverhaltens entschieden zurück. Außerdem dringt der KV erneut darauf, bis zur nächsten Wahl die Wahlhelfer über die Rechte der Wahlbeobachter zu schulen und eine Handreichung auszuarbeiten, die dann den Wahlbeobachtern zugänglich gemacht werden soll. Die AfD fordert Nachhilfe in Sachen Demokratie. Antwort des Wahlleiters: *Ihr Hinweis zu Schulung von Wahlhelfern wird gleichwohl Beachtung finden.* Na dann schau'n mer mal ...

Plakatbeschädigungen und Entwendungen

Die Mitglieder werden weiterhin gebeten, Plakatverluste selbst anzuzeigen.

Neues Jahr – neuer Wahlkampf für das EU-Parlament

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Am 27.01.2019 ist ein Neujahrsempfang in Verbindung mit dem Beginn des EU Wahlkampfes geplant. **Folgende Redner** haben Ihre Teilnahme bereits zugesagt: **Christine Margarete Anderson**, Listenplatz 8 im Europäischen Parlament, sie ist seit 2016 Fraktionsvorsitzende im Kreistag Limburg/Weilburg, **Erich Heidkamp**, Listenplatz 12 im Europäischen Parlament, er hat seit 2013 den KV Frankfurt mit aufgebaut und **Andreas Lichert**, Kreissprecher des Kreisverbandes Wetterau und Mitglied im Hessischen Landtag.

Der Landesvorstand wünscht sich jeweils 2 Mitglieder (oder Förderer) aus den Kreisverbänden, die bei Landesvorstandsveranstaltungen helfend für anfallende Tätigkeiten zur Verfügung stehen können. Also Freiwillige vor - bitte melden.

Bericht aus dem Kreistag am 12.12.2018 - die AfD hatte 4 Redebeiträge!

Schwerpunkt der Sitzung im Kreistag am 12.12.2018 war die Haushaltsdebatte zum Doppelhaushalt 2019/20. Während die Koalitionspartner von CDU und SPD diesen natürlich in höchsten Tönen lobten, war von anderen Parteien auch sehr viel Kritik zu vernehmen.

In kurzen Sätzen ist der Haushalt so zu erklären: Die Wetterau soll die am stärksten wachsende Region in Hessen werden (30.000 neue Bürger, Wachstum um 21,68 % vor allem junger Bürger), dadurch muss in Schulen und in Kitas investiert werden.

Die Grünen sprachen von Verwaltung der Verwaltung ohne gute Projekte, wobei sie sich auf ihr Thema Klimaschutz bezogen. Die FDP stellte sich gegen die Klimapolitik und setzt sich für die Inklusion ein. Die NPD wollte deutsches Geld für deutsche Bürger und erhielt dafür lautes Gelächter aus den Reihen der Altparteien. Die Freien Wähler monierten die falsche Schwerpunktsetzung (80% Westkreis), statt den Ostkreis zu stärken und reklamierten, dass die Bürgermeister nicht gefragt wurden.

Herr Kuger, als Fraktionsvorsitzender der AfD hielt dazu eine 20ig-minütige Rede. Er monierte den späten Erhalt zur Durchsicht, sowie die Investitionen für die Inklusion. Aus dem Haushalt geht nämlich sehr deutlich hervor, dass zwar 3 Förderschulen geschlossen werden, dafür aber doppelt soviel an Investitionen an anderen Schulen nötig ist. Die AfD setzt sich für den Erhalt von Förderschulen und deren Fachpersonal ein, da wir glauben, dass mit geschultem Fachpersonal und den entsprechenden Räumlichkeiten viele Kinder besser gefördert werden können, als pauschal an Regelschulen, wo oftmals Lehrer mit der Situation überfordert werden, oder wo gar nicht genug Personal da ist. Natürlich warf man uns nachher dafür vor, wir wären gegen Behinderte, was natürlich völliger Unsinn ist, aber gegen unsere Argumente hat man ja nur Unterstellungen parat, das kennen wir ja schon.

Weiterhin machte er nochmals deutlich, dass der Kreis zwar mit einer starken Zuwanderung rechnet (die Größte von ganz Hessen), aber selbst der Kreistag uns auf unsere Nachfrage nicht antworten konnte, um was für eine Bevölkerung es sich denn dabei handeln wird. Trotzdem nutzt man diesen Bevölkerungszuwachs argumentativ, um weitere Investitionen zu planen. Und natürlich macht es für die Wetterau einen Unterschied, ob der Zuwachs auch Kaufkraft und Steuern bringt, ob es sich um Familien handelt, oder ob es sich um Familiennachzügler oder sogar neue muslimische Migranten handelt, die die Zahl der marginal Beschäftigten eventuell weiter in die Höhe treibt und weitere Moscheen erforderlich sind. Auch hier wurden wir nur mit Schmährufen bedacht, was wieder darauf hinweist, dass die Altparteien gar nicht bereit sind, sich mit Themen wirklich auseinanderzusetzen.

Außerdem forderte Herr Kuger noch, die Zahlen für Asylsuchende und Migranten transparenter zu machen. Viel zu oft sind Kosten versteckt, die undurchsichtig sind und daher eine klare Analyse nicht möglich machen. Unser Antrag dazu wurde aber bereits letztes Jahr abgelehnt, und auch diesmal erhielten wir eine nichtssagende Antwort dazu.

Angeprangert wurde außerdem der starke Stellenzuwachs, der aus Sicht der AfD sehr kostenin-

tensiv ist, was u.a. auch die Stelle des 2. Kreisbeigeordneten betrifft. Die AfD ist für weniger Staat und nicht für eine Aufblähung weiterer Verwaltung! Da der Haushalt aber auch viele sinnvolle Zahlen enthält, enthielten wir uns hierzu bei der Abstimmung.

Geäußert hat sich die Sprecherin des Landesfachausschuss Familie, Frau Cornelia Marel, zu der neuen Satzung im Bereich Kindertagespflege (Tagesmütter). Die Altparteien haben sich durch das Gesetz, dass jedem Kind ab 1 Jahr ein Kitaplatz zusteht, in eine Bredouille gebracht. Natürlich gibt es nicht so viele Plätze, und natürlich gibt es auch nicht genügend Kindererzieherinnen dafür. Aber es ist wie immer, erst machen sie ein Gesetz, ohne an die Folgen und die mögliche Umsetzung zu denken. (Kennen wir das nicht auch von der Dieselpolitik?) und müssen dann nachjustieren. Daher ist in Planung die Kindertagespflege mit dem Besuch der Kita gesetzlich gleichzusetzen. So wurde es in der neuen Satzung festgeschrieben. Die AfD wehrt sich dagegen, da es ein Affront gegenüber den Kindererziehern ist, die eine 5 jährige Ausbildung genießen und ihre fachliche pädagogische Qualifikation nicht mit einer/m Tagesmutter/-vater gleichzusetzen ist, die „nur“ 160 Unterrichtsstunden und 40 Hospitationsstunden absolvieren müssen. Dies haben wir in unserem Redebeitrag deutlich gemacht, obwohl sich die AfD für die Unterstützung der Tagesmütter stark macht, denn wir sind für die Wahlfreiheit von Eltern, die selber entscheiden müssen, ob, wo und wie sie ihre Kinder unterbringen wollen.

Zu dem Antrag der NPD, zur Altersfeststellung bei „Flüchtlingen“ einen im Rahmen der PRIMSA Studie getesteten Ultraschall-Handscanner in der Ausländerbehörde einzuführen, sprach der stellv. Fraktionsvorsitzender Herr Wilfried Repp. Er erläuterte, warum wir den Antrag ablehnen, obwohl wir auch der Meinung sind, dass die Altersangabe von Asylsuchenden oftmals falsch angegeben wird und eine verpflichtende Untersuchung dringend erforderlich ist.

Dies machte er auch am Beispiel vom Saarland deutlich, wo bereits Untersuchungen in Verdachtsfällen durchgeführt werden (35% der Jugendlichen hatten im Zeitraum 01.02.2016 bis 15.01.2018 eine falsche Altersangabe angegeben und wurden als volljährig bestätigt.). Dort wird nicht mit dem PRIMSA Handscanner gearbeitet, sondern es werden in einer zentralen Vorclearingstelle pädagogische und psychologische Untersuchungen durchgeführt. Sollten danach Zweifel an der Minderjährigkeit bestehen wird eine Röntgenuntersuchung der Hand veranlasst.

Das ist auch der Grund, warum wir diesen Antrag ablehnen, da 1. das PRISMA Gerät noch weiter in Erprobung für diesen Einsatz ist, 2. wir der Meinung sind, dass nicht jeder Kreis seine eigene Untersuchungsmethode haben sollte, sondern wir 3. der Ansicht sind, dass wir diese Untersuchung im neuen Landtag kreisübergreifend umsetzen werden.

Ein weiterer Redebeitrag wurde zum Antrag der Grünen erbracht. Die Grünen möchten Flächenverbrauch sowie wertvolle Böden schützen. Leider war ihr Antrag nicht klar formuliert, und daher wollte die AfD Fraktion diesen Antrag nochmals im Ausschuss behandelt sehen, um klare Definitionen (wieviel Flächenverbrauch pro Tag genau) festzuschreiben. Frau Marel machte in ihrer Rede klar, dass auch die AfD für den Erhalt von gutem Ackerland ist und den „Landfraß“ wie viele Wetterauer Landwirte und Bürgerinitiativen ablehnt. Gleichzeitig zeigte sie aber auch der Ein-Themenpartei der Grünen (man hört nur immer Klimaschutz von ihnen) auf, dass es

doch gerade sie es sind, die „Landraub“ betreiben. Es sind die Grünen, die von Windrädern nicht genug bekommen können. Windkraftanlagen verbrauchen Flächen, sie verdichten und versiegeln Böden. Zahlen: Für die Anlage vom Typ E-126 muss ein Fundament aus 1400 Kubikmetern Stahlbeton ins Erdreich gegossen werden, welches 3500 t wiegt und einem Durchmesser von ca. 40 m hat. In der Regel bleibt der Beton für immer im Boden zurück. Aber nicht nur das. Es sind auch die Grünen, die Migration als Menschenrecht ansieht; dann sollen sie den Bürgern in der Wetterau doch einmal erklären, wo diese neuen Menschen alle wohnen sollen?

Unsere Redebeiträge können Sie auf unserer Homepage nachlesen

<https://fb.afd-hessen.org/category/kreistag/>

oder besuchen und liken Sie unsere Facebook Seite AfD-Fraktion-Wetterau

<https://www.facebook.com/AfD-Fraktion-Wetteraukreis-631972430236018/>

Da die Kreistagssitzungen öffentlich sind, können Sie auch gerne auf den oberen Rängen die Sitzung verfolgen, um auch live zu sehen, wie mit der größten Oppositionspartei in der Wetterau der AfD im Kreistag umgegangen wird.

Wetterau: aktuelle Themen des Monats

Auswirkungen des Klimawandels auf die imkerliche Betriebsweise

Diesen Sommer haben wir mal wieder den Klimawandel zu spüren bekommen. Der eine freute sich über die monatelangen sommerlichen Temperaturen, der andere stand mit Tränen in den Augen vor seinen vertrockneten Aussaaten. Auch die Bienen litten, denn das Futterangebot war noch magerer als sonst, da auch die pflanzliche Nektarproduktion auf Feuchtigkeit angewiesen ist.

Imker und Bienen sind sehr eng mit den lokalen Witterungsverläufen verbunden. Vielen Imkern stellt sich deshalb die Frage, inwiefern sich der Klimawandel mit immer häufigeren Wetterextremen auf seine Honigbienen und die imkerliche Betriebsweise auswirkt. Besonders in milden Wintern wird durch schwankende Temperaturen die Winterruhe der Bienen gestört. Sobald das Thermometer auf über 10 Grad steigt, fliegen die ersten Bienen los, finden jedoch meist keine Blüten. Wenn sie aufgrund längerer Wärmeperioden sogar weiter Brut pflegen, die Königin Eier legt, anstatt auszuruhen, schwächt das die Völker zusätzlich, denn sie können nur durch den Verzehr ihrer Futtermittel, die dann immer knapper werden, die hierfür erforderliche Brutnesttemperatur von ca. 35 Grad erzeugen.

Die Bienen drohen zu verhungern oder an dem enormen Energieverlust zu sterben, der ihnen abverlangt wird, sobald es wieder kalt wird und das Volk aufheizen muss. Auch gibt es seit Jahren Hinweise darauf, dass ein veränderter Temperaturverlauf im Frühjahr die feine Abstimmung zwischen den Bestäuberinsekten und den zu bestäubenden Pflanzen durcheinander bringt. Sie verpassen sich. Die Pflanze wird nicht bestäubt, die Biene findet somit keine Nahrung und kann sich nicht vermehren.

Dies bedroht insbesondere solitär lebende Bienen, die verglichen mit Honigbienen kaum unter Beobachtung stehen und somit oft leise aus unseren Landschaften verschwinden. *(Text von Norbert Peoplau in Mellifera e.V., Nr. 35/2018)*

Anm. der Redaktion: Wir werden das Thema im Frühjahr nochmals aufgreifen und konkrete, einfache Maßnahmen benennen, die der Gartenbesitzer tun kann, um die Bienen zu schützen, was letztlich auch dem Schutz unserer aller Lebensgrundlage dient.

Neues aus Absurdistan

Coca-Cola „hilft“ der AfD

Daß das politische Berlin für Überraschungen und ausgefallene Ideen bekannt ist, war bisher nichts Neues. Neu ist, daß das auch für die AfD außerhalb des Berliner Regierungspalastes gilt. Und so war es eine Berlinerin, die dieses Foto (rechts) machte. Das hier veröffentlichte Foto stammt vom Lützowplatz in Berlin, übrigens nur wenige Meter von der CDU-Zentrale entfernt. Wie heißt es doch so treffend: Honi soit qui mal y pense - ein Schelm, wer Schlechtes dabei denkt.



Quelle: <https://philosophia-perennis.com/2018/12/03>

Die Kommentare – ich zitiere hier die Passagen vom *Bergers Blog / politische Barberei* unter der Überschrift: *Coca-Cola: Sagt uns bitte, dass das ein Fake ist & ihr keine Probleme mit der Demokratie habt!* - eine Leserin macht einen Vorschlag: „Hey @CocaCola_De , ändert mal den Text: „Für eine besinnliche Zeit. Sag' JA zu geschlossenen Grenzen und sofortiger Abschiebung von (schutzsuchenden) Gefährdern und Kriminellen.“ Dann wird's vielleicht auch was mit besinnlicher Weihnacht.“

Ein anderer Leser beschließt, keine Produkte dieses Herstellers mehr zu kaufen und twittert: @CocaCola_De: Was zum Teufel hat Ihre Firma mit Politik zu tun?! Unterlassen Sie politische Statements in Zukunft, denn das ist KEIN cleverer Schritt!“

Dafür hat die Werbeabteilung von Coca-Cola , Hr. Patrick Kammerer - Director Public Affairs & Communications bei Coca-Cola – einen von der Aktion begeisterten Tweet retweetet und bemerkt: „Nicht jedes Fake muss falsch sein.“ Nun ja, so mancher mochte dieses süßbraune Zuckergebräu noch nie.

Produktboykott, das ist eine wirksame und gefürchtete Waffe, sofern sie millionenfach angewandt wird – vergleichbar mit den hunderttausenden von Ameisenbissen bei einem Angriff auf deren Hügel.

Das hat der Shell-Konzern seinerzeit schon bitter erfahren müssen, als er seine schwermetallverseuchte Ölplattform aus Kostengründen einfach Vorort absaufen lassen wollte, anstatt sie geordnet an Land zu schleppen, dort umweltgerecht zu zerlegen und zu recyceln. **DER SPIEGEL** druckte dazu am 19.06.1995: *Mißmanagement beim Öl-Multi Shell: Mit seinem Versuch, das Meer als Müllkippe zu benutzen, hat der Konzern europaweit für Aufruhr gesorgt. In Deutschland und Holland boykottieren Verbraucher die Shell-Tankstellen. Die Umsätze schrumpfen, der Aktienkurs in London bröckelt, das Image ist ruiniert. Wann knickt der Multi ein?*

Ja liebe Leser, was lehrt uns das? Wir als Konsumenten haben viel mehr Macht, als wir uns dessen bewußt sind. Also sollten wir sie auch nutzen! Aber zurück zu dem globalen Konzern mit der braunen Brühe. Am Abend war das Plakat von wem auch immer entfernt, und Dr. Berger hat dann von Coa-Cola auch eine Antwort erhalten: *Sehr geehrter Herr Berger, das Plakat stammt nicht von uns. Auf der Grundlage eines mehrere Jahre alten Weihnachtsplakats hat jemand diese Botschaft selbst gebastelt. Beste Grüße, Sarah Helm.*

Und die Nachfrage von Dr. Berger: *Sehr geehrte Frau Helm, vielen Dank für diese Information, noch zwei kleine Frage dazu:*

- 1.) *Distanziert sich Ihr Konzern (Coca-Cola) von der Aussage des Plakats?*
- 2.) *Werden Sie juristisch gegen diesen eindeutig strafbaren Missbrauch Ihres Labels vorgehen? MfG Dr. Berger.*

Sara Helms Antwort stand bei Redaktionsschluß noch aus bzw. ist uns zumindest nicht bekannt, vermutlich muß erst in der obersten Konzernspitze in den USA entschieden werden, ob man sich zur Demokratie bekennen soll oder besser und damit ehrlicher zur globalen One World-Economy – Demokratie stört dabei nur.

Was zeigt uns das? Wenn ein global agierender Konzern wie Coca-Cola die AfD als seinen Feind betrachtet, dann macht die AfD alles richtig! Wer den vollständigen Text lesen möchte: <https://philosophia-perennis.com/2018/12/03/coca-cola-sagt-uns-bitte-dass-das-ein-fake-ist-ihr-keine-probleme-mit-der-demokratie-habt/>

Schafschänder

«Die Polizei Vilsbiburg sucht nach einem Mann, der sich sexuell an einen Schaf vergangen haben soll. (...)Der Mann habe sich "in eindeutiger Stellung" zu dem Tier befunden, so die Polizei. Das Tier wurde bei der Tat so schwer verletzt, dass es notgeschlachtet werden musste. Der dunkelhäutige Täter soll etwa 25 Jahre alt sein und eine schlanke Figur haben.»
(*Berliner Morgenpost*. 5.11.2018)

Kommentar: etliche Gutmenschen werden nun dazu sagen, ... das war doch nur ein Schaf ... ist sachlich richtig. Und was sagte nochmal der aus Afghanistan stammende Mörder Hussein K., der im Oktober 2016 in Freiburg die 19-jährige Studentin Maria L. erst mehrfach vergewaltigte und dann tötete, vor Gericht: er verstehe das alles nicht, ... „das war doch nur eine Frau“ ... Herzliche Grüße aus Absurdistan

Nothing compares to Allah

Statt mit Musik sorgt (die zum Islam konvertierte) Sinead O'Connor seit einiger Zeit vor allem mit wirren Aussagen und ihrer Gesundheit für Aufsehen. Jüngst machte die Sängerin mit ihrer Konversion zum Islam von sich Reden. Auf Twitter gab sie bekannt, sich ab jetzt Shuhada' Davitt zu nennen. Doch damit nicht genug. Jetzt nutzte die 51-Jährige erneut den Kurznachrichtendienst, um ihre Meinung kundzutun.

"Es tut mir furchtbar leid. Was ich jetzt sage ist so rassistisch, dass ich nie gedacht hätte, meine Seele könnte so fühlen", kündigte sie an. "Aber ich will wirklich nie wieder Zeit mit weißen Menschen verbringen (falls das der Begriff für Nicht-Muslime ist). Nicht einen Moment, egal weshalb. Sie sind ekelhaft", schrieb sie. (www.stern.de/lifestyle/leute/... 8436090.html)

Kommentar: der erübrigt sich angesichts der krassen psychotischen Auffälligkeit wohl. Diese „Dame“ - selber weißer Mensch - benötigt eher dringend therapeutische Hilfe als denn islamische Koranverse. Oder ob Drogen für diese abartige Psyche die Ursache sind? Karl Marx sagte: *Die Religion ist das Opium des Volkes*. Da hat sie sich wohl etwas zu viel davon reingezogen.

Herzliche Grüße aus dem bunten Absurdistan

Leserforum

Liebe Leser,

hier sollen Sie zu Wort kommen. Als Mitglieder, Förderer und Freunde der AfD zeigen Sie, daß Sie sich die unabhängige Meinungsbildung trotz der unübersehbaren Fülle teils manipulierter „Wahrheiten“ nicht verbieten lassen. Teilen Sie uns mit, was Sie loswerden wollen, was Sie an Vorschlägen und Ideen haben, wie wir unsere Arbeit und unser Land besser machen können; hier ist Platz für Ihre Beiträge, auf die wir uns sehr freuen.

Aus Gründen des Datenschutzes und der Anonymität werden wir Ihre Beiträge, sofern Sie dem nicht ausdrücklich widersprechen, nur in anonymisierter Form kennzeichnen (z.B.: Klaus Schulz als KS).

Sollten Sie aus persönlichen Gründen auch das nicht wünschen, dann werden wir den Artikel in neutraler Form kennzeichnen (z.B.: Absender ist der Redaktion bekannt).

Bitte weisen Sie uns an Beginn oder am Ende Ihres Textes deutlich darauf hin, ob Sie mit Ihrem Klarnamen veröffentlichen wollen bzw. welche Form der Anonymisierung Sie wünschen; wir nehmen Ihr Schutzinteresse sehr ernst und werden das in jedem Fall berücksichtigen.

Impressum

Verantwortlicher i.S.d.P: Alternative für Deutschland (AfD), Kreisverband Wetterau
Postfach 100 104
61141 Friedberg
vertreten durch den Sprecher des Kreisvorstands, Herrn Andreas Lichert.
Telefon: 06032 – 8699 762
E-Mail: info@fb.afd-hessen.de

Für die Inhalte eingesandter Beiträge zum **Leserforum** liegt die inhaltliche Verantwortung beim jeweiligen Einsender. Die dort wiedergegebenen Inhalte sind insoweit durch die Meinungsfreiheit gem. Art. 5 GG gedeckt, wie sie nicht gegen andere gesetzliche Regelungen verstoßen; sie müssen inhaltlich nicht den Standpunkten und der Meinung des Kreisvorstands der AfD entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, hetzerische, beleidigende oder in sonstiger Weise ehrverletzende Äußerungen zu entfernen oder den Beitrag gänzlich zurückweisen.